

# Gewerkschaftsbewegung und soziale Bewegungen

**Horst Schmitthenner,**  
Maschinenschlossler, 1989 bis  
2003 geschäftsführendes Vor-  
standsmitglied der IG Metall und  
seit 2003 Beauftragter des IG  
Metall Vorstandes für das Verbin-  
dungsbüro soziale Bewegungen.

## Die Misere, aber Jammern hilft nicht

Als die IG Metall im Herbst 2003 ein Verbindungsbüro für soziale Bewegungen gründete (Verdi tat gleiches etwas später), zog sie Konsequenzen aus folgender Analyse: Einerseits musste festgestellt werden, dass sich die Gewerkschaften in der Defensive befinden. Mitgliederzahlen und Organisationsgrade sinken. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Gunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen hält an, während es gleichzeitig in den vergangenen zehn Jahren nicht einmal mehr gelang, die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten zu sichern. Auf betrieblicher Ebene müssen Belegschaften und Interessenvertretungen in den Auseinandersetzungen um Verlagerung und Beschäftigungssicherung angesichts des Erpressungsdrucks und der Machtposition transnationaler Konzernleitungen ein ums andere Mal Abstriche bei den Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen hinnehmen. Zu eindeutig sind die Niederlagen, als dass die Defensive der Gewerkschaften noch näher begründet werden müsste.

Andererseits hat die SPD die traditionelle Arbeitsteilung zwischen ihr und den Gewerkschaften aufgekündigt. Mit der Verkündung der Agenda 2010 im Jahre 2003 richtet die SPD ihre Politik ausschließlich auf die Durchsetzung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus aus, dessen Ausprägung die wesentlichste Bedingung für die eingangs beschriebene Defensive der Gewerkschaften darstellt. Und schließlich stehen die Akteure des Neoliberalismus, der auf unregulierte Märkte und einen schlanken Staat setzt, den Gewerkschaften als Gegner gegenüber. Gleichgültig ob ihr Ziel in der machtpolitischen Schwächung oder ihrer generellen Infragestellung besteht, anders als im sozial-

demokratischen Wohlfahrtsstaat arbeiten Politik und Teile der Medien daran, Bedeutung und Funktion der Gewerkschaften in Frage zu stellen.

Im Ergebnis führt das alles dazu, dass der Einfluss der Gewerkschaften in den politischen Arenen abnimmt. Gewerkschaften, die auf Dauer nicht in der Lage sind, die politischen Rahmenbedingungen zu beeinflussen, erleiden Funktionsverluste auch in ihren Kernfeldern. Ganz deutlich wird das bei Rückwirkungen der wettbewerbsorientierten Umpolung der Sozialpolitik. Die Verabschiedung von der paritätischen Beitragsfinanzierung und die Zuzahlungen durch die Versicherten mindert das verfügbare Einkommen der abhängig Beschäftigten.

Die Folgen der zurückgeschraubten Einflussnahme der Gewerkschaften in den politischen Arenen können durch verstärkte Anstrengungen im Kernfeld Tarifpolitik nicht ausgeglichen werden. Negativ betroffen wäre das Kernfeld par excellence: die Organisationsentwicklung. Ohne politisches Mandat würden die Gewerkschaften auch aus Sicht der Mitglieder an Regelungsfähigkeit und – macht verlieren, was die Mitgliederentwicklung negativ beeinflusst und die Defensive verlängert.

## Neue Bündnisse sind gefragt

Angesichts dieser Strategie brauchen die Gewerkschaften, wollen sie handlungsfähiger, gesellschaftlich anerkannter Akteur bleiben, gesellschaftliche Bündnispartner. Sie müssen sich als Teil einer umfassenden sozialen Bewegung etablieren. Daraus ergeben sich Bemühungen der IG Metall um strategische Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen (Sozialverbände, Kirchen,

Arbeitsloseninitiativen, globalisierungskritischen Initiativen (Beispiel Attac), Umweltverbände u. a..

Nun lassen sich solche Bündnisse nur entwickeln, wenn ausreichende Bedingungen und gemeinsame Interessen vorhanden sind. Und die gibt es.

So hatten sich auf Seiten der zivilgesellschaftlichen Gruppen Veränderungen ergeben, die einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zuträglich waren.

Der Ausgangspunkt der sozialen Bewegungen seit Mitte der 1990er Jahre ist deutlich unterschieden von dem zu Beginn der 1980er Jahre. Damals standen Ökologie (Anti-Atom) und die Zuspitzung in den bipolaren Konflikten (Pershing) im Zentrum. Auch heute ist die Sicherung des Friedens ein wichtiger Politisierungsprozess, er ist aber sehr viel stärker vermittelt mit der sozialen Bewegung, die in den Widersprüchen der Globalisierungsprozesse ihren Ausgangspunkt hat. Dabei geht es um globale Verteilungsauseinandersetzungen (Rolle der G 8), um die Rolle der transnationalen Institutionen (IWF, Weltbank, WTO), um soziale Rechte und öffentliche Güter (GATS). Die politische Perspektive dieser neuen sozialen Bewegungen (exemplarisch Attac: „eine andere Welt ist möglich“) ist in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik der Vermarktlichung aller ökonomisch verwertbaren Lebensbereiche („XYZ ist keine Ware“) also sehr viel direkter auf die Widersprüche und Herausforderungen der Arbeitsgesellschaft bezogen.

Auch wurde und wird in den neuen sozialen Bewegungen von Teilen ihrer Sprecher selbstkritisch diskutiert, dass sie die Aufarbeitung der Widersprüche des global dere-

gultierten Kapitalismus nur sehr unzureichend leisten können. Zum einen, weil die Krisentendenzen erheblich komplexer sind als die Entwertungsprozesse im Bereich des Finanzkapitals. Zum anderen, weil der Widerstand gegen den Abbau des Sozialstaates und den „Umbau“ des Arbeitsmarktes von den AktivistInnen der neuen „globalisierungskritischen“ sozialen Bewegungen nur zum Teil organisiert und repräsentiert werden kann. Daraus erwächst in diesen Bewegungen das politische Bedürfnis nach Zusammenarbeit mit Gewerkschaften.

### **Gute Gründe für Zusammenarbeit - Win-win Situation**

Auf dieser Basis konnte die Zusammenarbeit erfolgreich entwickelt werden. Aus der Zusammenarbeit können Gewerkschaften für sich positive Impulse ziehen. Zuerst einmal wird das politische Mandat, autonomer Gewerkschaften glaubwürdig dokumentiert. Gewerkschaften können sich als eine der zentralen Organisationen der Zivilgesellschaft profilieren, indem sie als Repräsentanten der „Arbeitsgesellschaft“ gleichsam an der Schnittstelle verschiedener ökonomischer, sozialer und politischer Auseinandersetzungen intervenieren. Zweitens kann das medial erzeugte Schisma, Gewerkschaften seien Dinosaurier, die nur die Vergangenheit repräsentieren und zu konservieren trachten, aufgebrochen werden durch die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, die in erheblich stärkeren Maße für Jugendliche eine Politisierungsinstanz sind. Drittens wird den politischen Parteien die Exklusivität der politischen Repräsentanz infrage gestellt, indem der Druck aus der Zivilgesellschaft auf das etablierte politische System verstärkt werden kann. Und viertens kann der Internationalismus der Gewerkschaftsbewegung durch (inhaltlich jeweils auszuweisende) Kooperation mit globalisierungskritischen Bewegungen erneuert und Sackgassen eines nationalen Standortkorporatismus vermieden werden.

Und die zivilgesellschaftlichen Akteure profitieren von der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, weil sie dadurch politisch stärker und durchsetzungsfähiger wurden. Das hängt mit einer Besonderheit zusammen, die die Gewerkschaften von anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen unterscheidet. Auch deren Stärke beruht auf Mobilisierungsfähigkeit. Aber keine andere soziale Bewegung organisiert den Brückenschlag von der Ökonomie in die Zivilgesellschaft. Rechtlich-institutioneller Ausdruck dafür ist

die Tarifautonomie und die betriebliche Mitbestimmung.

### **Lasst uns spielen - Einige Kernprojekte**

Über diese zusätzliche Machtbasis verfügen nur die Gewerkschaften (Alleinstellungsmerkmal). Anders formuliert: Parteien, soziale Initiativen bewegen sich auf je einem Spielfeld, während den Gewerkschaften in der Ökonomie und in der Zivilgesellschaft zwei Spielfelder zur Verfügung stehen. Die Bedeutung ihrer Einflussnahme liegt in der Verzählung der Machtbasis in den Betrieben, in der Tarifpolitik mit den gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten.

Bei der Bündnisarbeit sind wir vorwärts gekommen. Das bezieht sich zum einen auf das Bemühen, inhaltliche, programmatische Schnittmengen zu identifizieren. Diese programmatische Arbeit ist nötig, um gemeinsam handeln zu können, ohne sich in allen gleichmachen zu müssen.

Einige Kernprojekte für eine gesellschaftspolitische Alternative lassen sich benennen, die gemeinsam vertreten werden:

- eine grundlegend andere Wachstums-, Fiskal- und Beschäftigungspolitik, die zu ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit führt.
- die solidarische Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, um wirklichen Schutz vor den sozialen Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter) zu bieten.
- Armut bekämpfen, in der Menschen landen, die Arbeit haben. Wir brauchen existenzsichernde Mindestlöhne.
- Ausbau und Bereitstellung öffentlicher Güter (Bildung, Gesundheit, Erziehung usw.), um der Ungleichverteilung der Lebenschancen entgegenzuwirken.
- Eine grundlegende Steuerreform, die die Masseneinkommen entlastet und große Vermögen, Kapitaleinkommen und sonstige Besitze für die Finanzierung des Gemeinwesens belastet.
- Die Demokratisierung des politischen Systems durch Elemente direkter Demokratie, wie Bürgerbegehren, Volksentscheide usw.
- Den Ausbau eines demokratischen Systems der Arbeitsbeziehungen in der europäischen Union: statt Bolkesteinrichtlinie die Verwirklichung eines weiterentwickelten europäischen Sozialmodells.

- Und schließlich eine konfliktlösende Friedenspolitik statt krisenverschärfende Kriegspolitik.

Die Zusammenarbeit lässt sich natürlich nur auf gleicher Augenhöhe und unter Beachtung der je eigenen Bedingungen und Strukturen, die für die Bündnispartner gelten, gestalten. Dazu ist es nötig, an Veranstaltungen der Partner teilzunehmen, gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren und sich über die Gegenstände zu informieren, bei denen der jeweilige Partner gemeinsames Handeln vorschlägt oder wenigstens Unterstützung durch die anderen einfordert. Dies ist in der Zeit seit 2003 entwickelt worden. Es bestand davor nicht in dieser organisierten Form. Ein Beispiel für diese Arbeit ist das Projekt (von der IG Metall initiiert): 6 000 Botschafter gegen den Neoliberalismus auszubilden. Vertreter von IG Metall und zivilgesellschaftlichen Organisationen (KAB, Attac, Sozialverbände, Arbeitsloseninitiativen) haben zusammen ein Ausbildungsprogramm für die Ausbildung dieser Botschafter erarbeitet. Seitdem wurden in einigen Seminaren Ausbilder von Teams geschult, die von den Bündnispartnern benannt wurden. Vor Ort wurden und werden von diesen Personen Veranstaltungen durchgeführt, an denen neben GewerkschafterInnen Mitglieder der Bündnispartner teilnehmen.

Grundlage für dieses Projekt ist die Überzeugung gewesen, dass bei Gewerkschaftsmitgliedern ebenso wie bei Mitgliedern der Bündnisorganisationen Bedarf an Aufklärung besteht über Inhalte und Folgen des neoliberalen Politikkonzepts, sowie an Alternativen, also Entwürfen einer anderen Politik.

Auch ist gelungen, gemeinsam zu mobilisieren und zu machtvollen Demonstrationen zu kommen. Im Mai 2003 mit 90 000 Menschen gegen die Agenda 2010; im Dezember 2003 mit 230 000 gegen die geplanten Eingriffe in die Tarifautonomie; im April 2004 beim europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau mit 500 000 Menschen; im März 2005 mit 100 000 gegen die Dienstleistungsrichtlinie und am 21. Oktober 2006 mit 220 000 gegen die Fortsetzung der Agenda 2010-Politik durch die große Koalition und gegen die Rente mit 67, an der sich im Januar dieses Jahres 300 000 Beschäftigte in den Betrieben während der Arbeitszeit beteiligten.

>>

## MAGAZINE-ABO:

**40,- Euro (statt 44,-)**

10 Ausgaben GLOCALIST Magazine inkl. Versand innerhalb Österreichs.

Abobestellung per Mail an  
abo@glocalist.com oder per Fax an  
01/5976855

Das Glocalist Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich um ein weiteres Jahr. Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter abo@glocalist.com oder per Post an: „Glocalist Medien“ Barmherzigengasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels).

## IMPRESSUM:

Anschrift: Glocalist Medien,  
Barmherzigeng. 17/6/1, 1030 Wien.  
Tel: +43/1/597 2001

Web: [www.glocalist.com](http://www.glocalist.com)

Verleger/Eigentümer: „arbeitsraum-philosophie“  
agentur für analoge und digitale  
kommunikationswirtschaft GmbH

Herausgeber: Dr. Christian Neugebauer.  
office@glocalist.com

Chefredaktion: Mag.(FH) Ing. Bettina Dürrheim.  
chefredaktion@glocalist.com

Anzeigen: [anzeigenleitung@glocalist.com](mailto:anzeigenleitung@glocalist.com)

Abonnement: [www.glocalist.com](http://www.glocalist.com) unter  
Menüpunkt „Abonnement“.

Preis Einzelheft: 4,40 Euro (Gültig für Verkaufsstellen)

Bilder: Sofern nicht anders angegeben: Archiv

Glocalist Medien sowie Autorenbilder;

Druck: ÖGB Verlag

Gedruckt auf holzfreiem Bilderdruckpapier.

Vertrieb: MORAWA

Die Zeitung und alle ihre enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Erscheinungsweise monatlich (10 Ausgaben pro Jahr). Für unverlangt eingesandte Manuskripte und LeserInnenbriefe wird keine Haftung und Gewährleistung übernommen. Der Herausgeber und die Redaktion behalten sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge drücken nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion aus und für Beiträge und ihren Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die AutorInnen.

Unverlangte Sendungen, für die weder Verlag noch Redaktion eine Haftung übernehmen, werden nur dann zurückgesandt, wenn ausreichend Rückporto beiliegt.

## Die Mühen der Ebene oder Alles wird gut

Die Beteiligung an all diesen Aktivitäten ist unterschiedlich. Sie widerspiegelt einerseits die Probleme, die die Bündnispartner mit der Mobilisierung ihrer MitgliederInnen haben, andererseits aber auch, dass in den Gewerkschaften die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren keineswegs bereits Allgemeingut ist. Auch in der IG Metall gibt es Funktionäre, die glauben, dass die Strategie als Gewerkschaften Akteur der Zivilgesellschaft im Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu sein, die Gewerkschaft überfordert. Sie setzen dem gegenüber auf eine (falsche) Strategie, die angesichts zurückgehender finanzieller und personeller Ressourcen die Konzentration auf die Kernfelder Betriebs- und Tarifpolitik favorisiert. Die Wahrnehmung des politischen Mandats sollen andere übernehmen. Deziert ist Teil dieser Strategie, darauf zu hoffen, dass sich die SPD zu den Gewerkschaften verhält, wie es früher im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat war.

Und bei den zivilgesellschaftlichen Initiativen treten oftmals die eigenen Schwerpunkte so in den Vordergrund, dass sie Bündnisarbeit erschweren. Auch führen organisatorische Bedingungen (Mitgliederrückgang oder Stagnation) zur intensiven Beschäftigung mit sich selbst und zu einer Eigenprofilierung anstelle intensiver Bündnisarbeit. Und oftmals ist es auch das ideologisch Trennende, das anstelle des ideologisch Gemeinsamen auf der Tagesordnung nach vorne geschoben wird.

Hemmnisse für eine intensive Bündnisarbeit bestehen also auf Seiten der Gewerkschaften ebenso wie auf Seiten von kirchlichen,

globalisierungskritischen, ökologischen, feministischen und friedenspolitischen Bewegungen.

Die Gewerkschaften sollten ihre immer noch bestehenden Vorbehalte gegenüber außerparlamentarischen Aktionen im Bündnis mit anderen Teilen der sozialen Bewegung aufgeben. Sie würden stärker, wenn sie nicht nur auf Arbeitskontakte in einem erweiterten politischen Spektrum vom Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien über Strömungen der Sozialdemokratie bis hin zu einer sich neu formierenden Partei der Linken setzten, sondern die Entwicklung strategischer Allianzen beherzt vorantrieben. Und die diversen sozialen Initiativen und Bewegungen sollten ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften enger knüpfen, sich auf sie einlassen, statt die Distanz zu ihnen zu betonen. Die betriebliche, tarifpolitische Machtbasis der Gewerkschaften macht die soziale Bewegung insgesamt stärker. Das lohnt die Mühen, die der Weg der Verständigung untereinander an Auseinandersetzungen und Konflikten mit sich bringt. ■